

Vor allem die Industrieländer sind gefragt

Perspektiven für eine Umwelt- und Entwicklungspolitik nach Rio

Die UN-Umweltkonferenz in Rio war die größte Veranstaltung in der bisherigen Geschichte der Vereinten Nationen. Sie hat bei allem Kompromißcharakter ihrer Ergebnisse doch Wege gewiesen, wie eine umweltverträgliche Entwicklung bewerkstelligt werden kann. Der größte Handlungsbedarf besteht dabei für die Industrieländer. Reinhard Hermle, Leiter der Grundsatzabteilung von Misereor, stellt die Ergebnisse von Rio in den Kontext der globalen Umwelt- und Entwicklungsproblematik. Sein Fazit: Wir werden uns umstellen müssen.

Eine kürzlich erschienene Karikatur zeigt ein Baby im Kinderwagen, das von seinen Eltern einen reichlich zerfledderten Ball in Gestalt der Erdkugel zurückerhält. Der Zustand des Balls veranlaßt das Kleine zu dem Kommentar, daß es nie mehr etwas verleihen wolle. In der Tat. Wie hinterlassen wir den Nachwachsenden die Welt, die wir von ihnen doch nur geliehen haben?

Allmählich dämmert es der Menschheit, daß sie auf dem besten Wege ist, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören, den Planeten durch Übernutzung, Ausplünderung der Rohstoffe, Gifte und Abfall zu ruinieren. Erst waren es wenige, die auf die drohenden Gefahren hinwiesen. Meist erteteten sie zunächst Spott, Häme und Verachtung. Doch die Zahl derer, die die Botschaft hörten, wuchs. Bürgerinitiativen entstanden. 1980 etablierte sich beispielsweise das grüne Interesse als politische Partei und setzte das Thema Umwelt mit Nachdruck auf die parlamentarische Agenda. Heute gehört es zum Standardrepertoire jeder Parteiprogrammatik. Weitsichtige Wirtschaftsführer haben erkannt, daß die Sorge um die Umwelt mehr ist als ein Faktor, der sich werbewirksam einsetzen läßt.

Nord und Süd sitzen im selben Boot

In dem Maße, in dem sich Umweltbewußtsein herausbildete, veränderte es sich auch. Standen zunächst eher örtliche Erfahrungen und die Formulierung entsprechender Politiken im Vordergrund, so weitete sich der Blick bald auf die globalen Dimensionen der Probleme. Weder machten Umweltverschmutzungen an Landesgrenzen halt, noch war ihnen mit nationalstaatlichen Mitteln allein erfolgreich zu begegnen. Die Schwere und Reichweite der Probleme verstärkte den Zwang zu gemeinschaftlichem Handeln. Auch zeigte sich, daß es nicht ausreicht, in der einen Ecke des Globus kräftig zu säubern, während anderswo weiterhin die Schloten den Himmel verdüstern. Es sickerte ins Bewußtsein, daß Nord und Süd einen Part übernehmen müssen, weil sie beide im selben Boot sitzen (hier stimmt das Bild). Der Druck auf die Umwelt im Norden erwächst vor allem aus industriellem Wachstum, Reichtum und Konsum, im Süden vorrangig aus Armut und wachsenden Bevölkerungszahlen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Aufgaben und Verantwortungen. Es

wurde klar, daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur eine Frage des verbesserten Umweltschutzes, sondern vor allem der Revision von Wirtschafts- und Lebensweise in den reichen sowie der Beseitigung der Armut durch umweltverträgliche Entwicklung in den armen Ländern ist. Folgerichtig beriefen die Vereinten Nationen für die ersten beiden Juniwochen des Jahres 1992 eine Weltkonferenz über „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro ein (UNCED) – 20 Jahre nach der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm.

Armut sei der größte Feind der Umwelt, erklärte bei der Konferenz von 1972 *Indira Gandhi*. Wer arm ist, setzt fraglos andere Prioritäten. Wo die Kassen leer sind, werden beispielsweise Rauchschwefelung oder Abwasserreinigung Luxus. Der Zwang zur Devisenerwirtschaftung treibt zum Raubbau an Rohstoffen und drängt Fragen nach den Kosten für Mensch und Natur in den Hintergrund. Menschen in extremer Not gefährden, verschlechtern oder zerstören durch Überbeanspruchung von Ackerböden und Weiden, durch übermäßigen Brennholzeinschlag oder auch durch Abwanderung in die Elendszonen der Dritte-Welt-Metropolen Grundlagen des Lebens – ihre eigenen wie auch die anderer Menschen. Oft verbinden wir damit Bilder von der Brandrodung tropischer Regenwälder durch landlose Siedler. Geringere Aufmerksamkeit findet die kommerzielle Abholzung, an der sich örtliche Machthaber und internationale Firmen goldene Nasen verdienen. Oft liegt es an der Schwäche der politischen Strukturen, daß Umweltinteressen und -auflagen nicht durchgesetzt werden können.

Armut schädigt vielfach die Natur. Naturzerstörung verstärkt wiederum Armut dadurch, daß die Verarmten Überlebensstrategien entwickeln, mit denen sie die Umwelt weiter schädigen. Die ohnehin schlechten Lebensbedingungen sinken weiter, die Produktivität der natürlichen Ressourcen, von denen die Armen leben, läßt nach, ebenso die Kraft, sich im Lebenskampf zu behaupten. Atmen in Bombay heute entspricht dem Inhalieren von zehn Zigaretten täglich. Für die Squatterfamilien auf dem schmalen Mittelstreifen einer Verkehrsachse liegt dieser Wert freilich wesentlich höher. Dazu kommen Lärm, Streß, Gefahr. Mehr und mehr Menschen versuchen, diesen Lebensbedingungen zu entkommen. Die Zahl der Umweltflüchtlinge wird weltweit auf zehn bis 15 Millionen geschätzt – mit steigender Tendenz.

Die Armen schlagen der Erde schwere Wunden. Die eigentliche Last, die der blaue Planet zu tragen hat, sind aber die Reichen. Sie tragen aufgrund ihrer anspruchsvollen, verschwenderischen Lebensweise eindeutig am stärksten zur globalen Ökologiekrise bei. Ein vor wenigen Wochen herausgekommener Bericht des amerikanischen Worldwatch-Instituts teilt die Weltbevölkerung in drei „ökologische Klassen“ ein: 1,1 Milliarden Menschen leb-

ten von weniger als 700 Dollar jährlich und damit unter dem Existenzminimum. Ihr Beitrag zur Naturzerstörung geschehe meist aus Mangel an Alternativen oder aus Unkenntnis. 3,3 Milliarden Menschen mit einem Jahreseinkommen zwischen 700 und 7500 Dollar machten die „Mittelklasse“ aus. Sie lebten in relativem Einklang mit ihrer Umwelt. Sie ernährten sich vor allem von pflanzlichen Produkten, bewegten sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern fort und lebten in einfachen Häusern. Die „Verbraucherklasse“ stellten die 1,1 Milliarden Menschen in den Industrieländern Europas, den USA, Australien und Japan dar. Innerhalb weniger Jahrzehnte hätte sich das reichste Fünftel in eine Schicht von Autofahrern, Fernsehzuschauern, Junk-Food-Essern, Supermarkteinkäufern und Verbrauchern von Wegwerfartikeln entwickelt. Dieses nenne sich Fortschritt und Entwicklung. Die übrige Welt sehne sich nach diesem konsumorientierten Lebensstil.

Die industrialisierten Länder verbrauchen mit Abstand die meisten Ressourcen: z. B. 86 % des Aluminiums und der Chemikalien, 81 % des Papiers, 80 % des Eisens und Stahls sowie drei Viertel der Energie. 61 % des weltweiten Fleischkonsums entfallen auf die Bewohner der Industrieländer. Statistisch gesehen verbrauchte 1991 jeder Westdeutsche 2115 Liter Öl, 1070 Kubikmeter Gas und 1,7 Tonnen Kohle. Sein Energiekonsum lag damit beim 2,8fachen des durchschnittlichen Energieverbrauchs der Weltbevölkerung.

Energieerfordernisse und Lebensbedürfnisse eines deutschen Großstadtsingles übersteigen die einer kinderreichen Indiofamilie im peruanischen Altiplano um ein Vielfaches. Entsprechend mehr Dreck hinterläßt er auch der Umwelt. 20,1 Milliarden Tonnen CO₂ belasten jährlich die Atmosphäre. Drei Viertel der energiebedingten Emissionen stammen aus den Industrieländern. Deutschland ist mit etwa einem Fünftel beteiligt. Würden die 1,1 Milliarden Chinesen genausoviel CO₂ in die Luft blasen wie jeder einzelne Amerikaner, nämlich 20 Tonnen pro Jahr, wäre die Lebensgrundlage der Menschheit wohl vernichtet, ehe die übernächste Generation geboren ist. Die Kohlenstoffabgase Deutschlands allein aus dem Verkehr übersteigen die CO₂-Gesamtemissionen – also aus Verkehr und Energie – der Philippinen um das 5,5fache.

Bekanntlich gehört Kohlendioxyd (neben Methan aus Rindermägen und Reisfeldern, Lachgas aus Düngemitteln und FCKW) zu den gefährlichen Treibhausgasen, die mit ziemlicher Sicherheit zur Aufheizung des Weltklimas beitragen. Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ist der CO₂-Gehalt der Atmosphäre um etwa ein Viertel gestiegen auf heute 0,037 %. Die Temperatur hat sich seit 1861 weltweit um durchschnittlich 0,7° erhöht. Seit es Klima- beobachtung gibt, wurden sechs der sieben wärmsten Jahre seit 1980 registriert. FCKWs dünne die schützende Ozonschicht in der Stratosphäre aus. Sie finden seit den dreißiger Jahren in Spraydosen und als Kühlmittel Verwendung. Von den 1986 weltweit verbrauchten 1,17 Millionen FCKW und Halonen entfielen zwei Drittel auf die

USA, EG und Japan. Mit dem Übereinkommen von Wien 1985 wurde ein Prozeß der schrittweisen Verringerung von FCKW-Produktion und -Verbrauch eingeleitet. Dem haben auch deutsche Erzeuger entsprochen. Der Verbrauch ist inzwischen deutlicher gesunken als die Herstellung. Die Differenz haben deutsche Unternehmen durch gesteigerte Exporte von in Deutschland produziertem FCKW ausgeglichen (zwischen 1986 bis 1990 Steigerung von 47,3 % auf 65,8 %).

Schindluder wird mit dem kostbaren Rohstoff *Wasser* getrieben. Verschwendung erscheint fast noch als das kleinste Übel. Ein Deutscher verbraucht im Durchschnitt 145 Liter am Tag, ein Amerikaner sogar 630 Liter. In Libyen wie Texas plündern Bewässerungsanlagen fossiles Grundwasser. In Usbekistan werden ganze Flüsse auf die Baumwollfelder geleitet, so daß der Aralsee, der viertgrößte Binnensee der Erde, langsam austrocknet. Knappheit ist vermutlich nur noch eine Frage der Zeit. Wo nicht verschwendet wird, wird verschmutzt. Seen und Flüsse verwandeln sich in Kloaken. Bauern tränken ihre Felder mit Gülle und Pestiziden. Aus Mülldeponien sickert Gift ins Grundwasser. Millionen von Menschen, insbesondere in den armen Ländern, leiden und sterben an schlechtem Wasser.

Das Gesamtbild – wenn auch nur grob skizziert – bietet wenig Trost. Die Harmonie zwischen Mensch und Natur ist gründlich gestört. Trotz verschiedener Anstrengungen und einzelner Erfolge gleichen Böden, Meere und Luft eher Abfallagerstätten als gesunden Lebensräumen. Der Mensch verändert das Klima. Wälder, insbesondere der tropische Regenwald – die gewaltigste Genreserve –, schwinden in atemberaubendem Tempo dahin. 50, 100 oder mehr Arten sterben täglich aus. Unwiederbringlich! Eine vergleichsweise kleine Zahl von Menschen, die Verbraucherklasse, führt ein bequemes Leben auf Kosten der Millionenheere von Armen, der Natur und der künftigen Generationen. Noch sind die Folgen erst in Ansätzen zu spüren. Doch mehren sich die Zeichen krisenhafter Zuspitzung.

Der Weg nach Rio war schwierig

Entscheidende Impulse und Orientierung hierfür zu finden, war das Hauptziel der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“. In Rio sollte eine zukunftsweisende Verständigung über die Problemlage und konkrete Maßnahmen erreicht werden. Die Veranstaltung geriet zu einem gigantischen Ereignis, dem größten in der Geschichte der Vereinten Nationen. Hundertschaften von Diplomaten, Beamten und Experten hatten mehr als zwei Jahre lang das Treffen vorbereitet. In vier insgesamt vier Monate dauernden Vorbereitungskonferenzen wurde über Themen gestritten und um Texte gerungen. Gesonderte Verhandlungsserien arbeiteten an Abkommen über Klima- und Artenschutz.

Der Weg nach Rio gestaltete sich außerordentlich schwierig. Zahlreiche Konflikt- und Bruchlinien wurden sichtbar, nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch

innerhalb der Lager. Dem Norden ging es vorrangig um globale Umweltp Probleme. Der Süden erhoffte sich neue Anstrengungen und Mittel für den Kampf gegen soziale Verelendung, was Umverteilung und ein Recht aller Menschen auf gleiche Lebenschancen bedeuten würde. Die epochalen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa beseitigten zwar die die internationale Politik lähmende Ost-West-Spannung. Zugleich sahen sich die reichen Länder aber auch mit neuen großen Erwartungen konfrontiert – und dies in Zeiten schleppender Konjunkturen.

Was ist geblieben von dem Großereignis am Fuße des Zuckerhuts, der Parade von weit über hundert Staats- und Regierungschefs, dem Marathon der Länderdelegationen und dem vielstimmigen Chor der Beobachter aus Medien, Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen und Wirtschaft?

In Rio wurden zwei völkerrechtlich verbindliche Konventionen zur Zeichnung aufgelegt. Die *Klimarahmenkonvention* zielt auf den Schutz der Erdatmosphäre vor der schädlichen Wirkung anthropogener Gase. Am amerikanischen Widerstand scheiterte die ursprüngliche Absicht, im Sinne eines ersten Schritts die Treibhausgasemissionen in den Industrieländern bis spätestens zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. Statt dessen heißt das Ziel nun „Stabilisierung von Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau, . . . das in einem Zeitraum erreicht werden soll, der ausreicht, um es Ökosystemen zu ermöglichen, sich auf natürliche Weise an Klimaveränderungen anzupassen.“ Auf deutscher Seite besteht die Hoffnung, daß im Zuge des vereinbarten Folgeprozesses – zügige Erfüllung der nationalen Berichtspflichten, Durchführung zweier Überprüfungs-konferenzen der Vertragsstaaten, zu deren erster die Bundesregierung bereits für das kommende Jahr eingeladen hat – schrittweise präzisere Normen erreicht werden können.

In Abweichung von der Konvention hat die EG in Rio ihr CO₂-Stabilisierungsziel bis zum Jahr 2000 bekräftigt. Bereits vorher hatte die Bundesregierung angekündigt, bis zum Jahr 2005 eine CO₂-Verminderung um 25–30 % (Basisjahr 1990) erreichen zu wollen. Viele Entwicklungsländer sahen in der Weigerung der Industrieländer, sich auf verbindliche Zeit- und Mengenangaben für die Verringerung von Treibhausgasemissionen einzulassen, den deutlichsten Beweis für die fehlende Bereitschaft zur ökologischen Reform des industriellen Wachstumsmodells. Die Konvention wurde in Rio von 153 Staaten und der EG unterzeichnet. Der Ratifizierungsprozeß wird erfahrungsgemäß mehrere Jahre dauern. Das Abkommen erlangt Rechtskraft, wenn es von 50 Staaten ratifiziert wurde.

Der *Konvention zum Schutz der Artenvielfalt* kommt grundsätzlich große umwelt- und entwicklungspolitische Bedeutung zu. Erstmals wurde der Versuch unternommen, den Schutz und die Nutzung der etwa 1,5 Millionen erfaßten Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen international zu regeln. Die Fülle der Arten soll möglichst in

ihren natürlichen Lebensräumen erhalten bleiben. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es, den aus den biologischen Ressourcen gewonnenen wirtschaftlichen Nutzen gerecht zu verteilen. Darauf hat vor allem der Süden besonders Wert gelegt. Die Tropen sind die mit Abstand artenreichste Region, der Regenwald das bedeutendste Evolutionssystem der Erde. Artenvielfalt ist eine wirtschaftlich hochinteressante Ressource geworden. Auf bis zu 30 Milliarden DM wird beispielsweise der Jahresumsatz an Medikamenten tropischen Ursprungs geschätzt. Die Konvention sichert indigenen Völkern und örtlichen Gemeinschaften zumindest ansatzweise Rechte zu.

Die *Rio-Deklaration* vereinigt 27 grundlegende entwicklungs- und umweltpolitische Prinzipien zu einer feierlichen Erklärung, mit der sich die Hoffnung verbindet, daß sie bei der Gestaltung nationaler und internationaler Politiken normative Kraft gewinnt. Zu den herausragenden Elementen dieser Erklärung zählen die Feststellung des Rechts auf Entwicklung sowie die Anerkennung der Verantwortung der Industrieländer als hauptsächliche Verursacher der globalen Umweltschäden. Sie betont die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung wie auch der Bevölkerungspolitik. Weiterhin verpflichtet sie die Staatengemeinschaft, wichtige umweltpolitische Grundsätze anzuwenden, wie z. B. das Verursacher- und Vorsorgeprinzip, die Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung, den Einsatz ökonomischer Instrumente sowie die Internalisierung externer Kosten. Außerdem legt sie fest, daß Staaten die Identität, Kultur und Interessen der lokalen und eingeborenen Bevölkerung unterstützen und sie in effektiver Weise an Entscheidungsprozessen beteiligen sollen.

Der Text dieser Deklaration war nach hartem Verhandlungspoker am Ende der letzten Vorbereitungskonferenz Anfang April in New York festgezurr und als so prekärer Kompromiß austariert worden, daß Ergänzungen oder Neuverhandlungen über weiterhin strittige Einzelfragen in Rio zum Scheitern des gesamten Vorhabens geführt hätten. In einer formellen Note gaben die USA ihre Vorbehalte gegen eine Reihe der Prinzipien der Rio-Deklaration zu Protokoll.

Was bringt die „Agenda 21“?

Das nach Umfang und Themenfülle gewichtigste Ergebnis der UNCED stellt die *Agenda 21* dar. Auf 500 Seiten, untergliedert in vier Hauptkapitel mit 115 Einzelthemen, enthält sie die wahrscheinlich aktuellste und umfassendste Sammlung von Informationen, Konzepten, Aktionsprogrammen und Kostenberechnungen zu dem, was „sustainable development“ – nachhaltige Entwicklung – genannt wird. Der entwicklungs- und umweltpolitische Königsweg in das 21. Jahrhundert? Nur summarisch kann hier auf die Inhalte dieses monumentalen Dokumentes eingegangen werden.

Teil 1 der Agenda 21 behandelt die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung.

Hierbei geht es um internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in der Dritten Welt, Armutsbekämpfung, Wandel der Konsummuster, demographische Trends, Gesundheit, menschliche Siedlungsweisen und die Rolle von Umwelt und Entwicklung in Entscheidungsprozessen. Mehr als jeder andere Teil der Agenda untersucht dieser Abschnitt die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung. Er hebt die Folgen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt wie auch die Auswirkungen sich verschlechternder Umweltbedingungen auf das Leben der Menschen heraus. Umstritten war die Gewichtung, die der Armut auf der einen und dem Überfluß auf der anderen Seite als Hauptverursacher von Umweltschäden gegeben werden sollte. Die Formel, auf die sich die Verhandlungspartner einigten, lautet: „... Während Armut zu verschiedenen Formen von Umweltbelastungen führt, besteht die Hauptursache der beständigen Verschlechterung der globalen Umwelt in den nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsformen, vor allem in den Industriestaaten. Dies gibt Anlaß zu großer Sorge und verschärft Armut und Ungleichgewichte.“

Der sehr umfangreiche zweite Teil behandelt Fragen der Erhaltung und des Managements von Entwicklungsressourcen. Im einzelnen geht es dabei um den Schutz der Atmosphäre, der Ozeane, Süßwasserreserven und biologischen Vielfalt, um Maßnahmen gegen Abholzung und Wüstenbildung, Förderung der angepaßten Landwirtschaft, das Management empfindlicher Ökosysteme, um Biotechnologie sowie den Umgang mit giftigen und gefährlichen Abfallstoffen. Hatten sich beispielsweise die Amerikaner im ersten Teil vehement gegen zu weitgehende Aussagen über die schädlichen Wirkungen der Überflußgesellschaften in den reichen Ländern des Nordens gewandt, so stießen hier alle Hinweise auf die Notwendigkeit des sparsamen und effizienten Umgangs mit Energie auf den massiven, aber letztlich erfolglosen Widerstand von erdölproduzierenden Ländern, weil sie Rückwirkungen auf den Absatz ihrer Naturschätze befürchteten. Die Forderung von Dritte-Welt-Ländern, ein Exportverbot für giftige und radioaktive Abfälle zu vereinbaren, scheiterte am Widerstand der Industrieländer, die nicht in privatwirtschaftliche Autonomie eingreifen wollten. Als nicht durchsetzbar erwies sich auch die Forderung nach einer Absage an die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie.

Im dritten Teil wird die Rolle von gesellschaftlichen Gruppen in einem umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklungsprozeß herausgestellt. In keinem bisherigen UN-Dokument findet sich eine so umfassende und formalisierte Anerkennung der nichtstaatlichen Bereiche. Eingegangen wird auf Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Völker, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Handel, Gewerkschaften und Wissenschaft. Der Text beschreibt Rechte und Pflichten, Schwachpunkte und Möglichkeiten der Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen mit staatlichen Stellen auf nationaler und internationaler Ebene.

In Teil 4, der dem Bereich der praktischen Umsetzung gewidmet ist, zählten die Themen Finanzen, Technologietransfer und Institutionen zu den Konfliktfeldern, bei denen bis zur letzten Minute eine Einigung fraglich war. Die schließlich getroffenen Vereinbarungen trugen wesentlich dazu bei, daß bei zahlreichen Konferenzdelegierten und Beobachtern, insbesondere aus dem Süden, am Ende die Enttäuschung über Rio überwog. Anerkannt war, daß zur Finanzierung der in Agenda 21 vorgesehenen Programme beträchtliche zusätzliche Mittel aus dem Norden erforderlich würden. Wenn auch die genannte Zahl von 125 Milliarden Dollar vielen arbiträr vorkam und in Konferenzkreisen des Nordens die Eigenanstrengungen des Südens als zu gering bemängelt wurden, stellen sich die effektiv gemachten Zusagen der Industriestaaten in der geschätzten Größenordnung von 2,5 bis sechs Milliarden Dollar doch als grob inadäquat dar. Darüber hinaus wurde lediglich die alte Formel aufgewärmt, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit verfügbar zu machen. Dies solle so bald wie möglich geschehen. Versuche Frankreichs, diese Zusage (endlich) mit einem Zeitziel (Jahr 2000) zu verbinden, blieben erfolglos.

Die Entwicklungsländer haben die schlechteren Karten gezogen

Als relativer Erfolg gilt die Empfehlung zur Überwachung und Steuerung des Prozesses nach UNCED eine hochrangige *UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung* einzurichten. Sie soll dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) unterstellt werden. Die Einrichtung dieser neuen Kommission obliegt der 47. UN-Vollversammlung, die im Herbst dieses Jahres tagt und der die Ergebnisse von Rio zur Bestätigung vorliegen. Viel wird davon abhängen, welches Mandat sie erhält und mit welchen Arbeitsmöglichkeiten sie ausgestattet wird. Der Vollversammlung liegt als ein weiteres Ergebnis von Rio auch der Vorschlag vor, ein zwischenstaatliches Verhandlungskomitee zur Erarbeitung einer Konvention über Wüstenbekämpfung einzusetzen.

Zu den Aktiva der Konferenz zählt, daß es gegen alle Erwartungen gelungen ist, eine Erklärung vom *Grundprinzipien zu Bewirtschaftung, Schutz und nachhaltiger Entwicklung aller Arten von Wäldern* zu verabschieden. Bei den Vorverhandlungen war deutlich geworden, daß das weitgesteckte Ziel einer Waldkonvention unerreichbar bleiben würde. Zu gegensätzlich waren die Interessen und Zielvorstellungen von Industrie- und Entwicklungsländern. Die Regierungen von Malaysia und Indien beispielsweise hielten es für unannehmbar, daß selektiv nur über tropische Wälder gesprochen werden sollte. Das Konzept des Nordens, diese gleichsam als globales Menschheitserbe unter internationale Kuratel zu stellen, wurde als Ökoimperialismus gebrandmarkt. Wer sich um anderer Leute Wald kümmere, solle erst einmal für die Gesundheit der eigenen Wälder sorgen.

Der verabschiedete Text signalisiert eine Annäherung der

Positionen. Er anerkennt das Recht aller Staaten, souverän über die Nutzung ihrer eigenen Ressourcen verfügen zu können, und formuliert erstmals weltweit festgelegte Grundsätze zur Waldbewirtschaftung und Walderhaltung. Obwohl eine rechtsverbindliche Waldkonvention weiterhin für notwendig gehalten wird, fehlt in dem Papier eine eindeutige Willenserklärung, in diese Richtung weiterzuverhandeln.

War Rio nun ein Erfolg? Die Bewertungen reichen von großer Zustimmung bis zu scharfer Kritik: Sie hängen vom jeweiligen Standort ab. Wer an die Größe der Not und die Dringlichkeit der Probleme denkt, den wird der Zorn packen angesichts des Konferenzaufwandes, der schwachen Konventionen und der halbherzigen Schritte. Aus dem Blickwinkel der internationalen Konferenzdiplomatie gilt es bereits als Erfolg, daß das Treffen nicht in Streit und Chaos endete. Der Norden wird entspannt auf Rio zurückblicken, weil er das Gros seiner Interessen hat durchsetzen können. Der Süden wird sich zugute halten, daß er eine Waldkonvention verhindert hat, die als Oktroi der Industriestaaten empfunden wurde. UNCED hat wahrscheinlich das erreicht, was im Rahmen des bestehenden Steuerungssystems internationaler Politik erreichbar war. Bei der Vielzahl gegensätzlichster Interessen waren nur Kompromisse und Minimalkonsense zu erzielen. Insgesamt brachte Rio mehr, als die Pessimisten befürchteten, aber weniger als die Optimisten erhofften. Eine gewaltige Informationswelle ging von UNCED aus. Die Berichterstattung hat die öffentliche Meinung sensibilisiert und mobilisiert wie selten zuvor. Aber schon ist wieder publizistische Normalität eingeleitet. Hinter die Einsicht, daß die natürlichen Lebensgrundlagen der heutigen und künftigen Generationen in dramatischer Weise bedroht sind und es vor allem der aufwendige Lebensstil der Menschen in den Industrieländern ist, der den Planeten in den Ruin treibt, kann niemand mehr zurück. Hierin liegt ein wichtiger Fortschritt. Ein *neuer Referenzrahmen* ist entstanden, der die weitere Diskussion und künftiges Handeln bestimmen wird.

Eine Konferenz bringt noch nicht die Wende

Es entspricht weitverbreiteter Ansicht – Helmut Schmidt zählt zu den Promotoren –, daß das eigentliche Problem, nämlich der massive *Bevölkerungszuwachs* in der Dritten Welt, nicht ausreichend berücksichtigt worden sei und deshalb aus Rio nicht die Rettung komme. Dabei ist doch unbestritten, daß das kinderarme, reiche Menschheitsfünftel in den Industrieländern über die Verhältnisse gelebt und Treibhauseffekt wie Ozonloch beschert hat. Nicht die Zahl der Menschen ist ausschlaggebend, sondern die Art, wie sie mit der Erde umgehen. Damit ist nicht gesagt, daß die Bevölkerungsentwicklung nicht auch eine ernste Frage darstellt. An mehreren Stellen der Agenda 21 wird das Thema aufgegriffen.

Angesichts der sich immer klarer herausbildenden Krisenszenarien wäre die Vorstellung abenteuerlich, von

einer Konferenz, und sei sie noch so gewaltig, die Wende zu erwarten. Werden denn wenigstens die in Rio gelegten Fundamente tragen? Anlaß zur Hoffnung besteht, weil die Existenz aller auf dem Spiel steht und die Völkergemeinschaft zum Erfolg in ihrer Umwelt- und Entwicklungspolitik gleichsam verurteilt ist. Skepsis meldet sich, wenn man bedenkt, daß die Industrieländer zwar grundsätzlich ihre ökologischen Schulden anerkannt haben, sich aber zugeknöpft zeigen, wenn es darum geht, sie zu begleichen. Allen ist klar, daß ohne moderne Technologien höhere Energieausbeute, wirksamere Materialnutzung und besserer Umweltschutz nicht erreichbar sind. Diese Technik ist teuer. Die Dritte Welt wird sie sich nur leisten können, wenn die reichen Staaten großzügige Finanzhilfe leisten.

Aber erneut haben die *Entwicklungsländer* die schlechten Karten gezogen. Weder wurden nennenswerte neue Finanztransfers zugesagt, noch wurden weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert, die es den Entwicklungsländern, zum Beispiel durch einen Abbau des Handelsprotektionismus der Industriestaaten oder durch Schuldenerleichterungen, erlaubt hätten, vermehrt Devisen für Entwicklungs- und Umweltaufgaben zu erhalten. In einem starken Statement hatte Bundesminister Töpfer den Entwicklungsländern ausdrücklich einen „Anspruch auf Entschädigungszahlung für das, was wir durch unseren Wirtschafts- und Entwicklungsprozeß an Problemen auch für sie gebracht haben“ zugestanden. „Jede andere Beurteilung wäre falsch.“ Die tatsächliche Strategie der Industrieländer beschreiben Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft so: „Zum einen werden nur die Zusatzkosten (incremental costs) für solche Umweltschutzinvestitionen in Entwicklungsländern finanziert, die im Interesse der Industrieländer liegen. Zum anderen wurde eine weitere Schwächung der Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer durch die Festlegung auf Projektfinanzierung erreicht, da die betroffenen Entwicklungsländer der mittelbewilligenden Agentur in bilateralen Verhandlungen isoliert gegenüberstehen. Drittens bedeutet dieses System, daß kein erheblicher Einkommenstransfer von Nord nach Süd stattfinden wird. Gleichzeitig ist der Zugang zu den Märkten der Industrieländer weiterhin weitgehend streng reglementiert, so daß das Wachstumspotential in der Dritten Welt relativ beschränkt ist.“ Im Gegensatz zu der Rede von globaler Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft stand Teilen mit der Dritten Welt nicht auf dem Programm.

Es macht Mühe zu erkennen, daß die Industrieländer wirklich bereit sind, die Weichen in Richtung auf nachhaltige Entwicklung zu stellen. Der Eindruck drängt sich auf, daß es letztlich um wenig mehr gehen soll als um eine „Begründung“ des Business as usual. Zahlreiche Programme wurden für die Dritte Welt vorgesehen. Die Frage des ökologischen Umbaus des Nordens kam hingegen eher allgemein und am Rande vor. Als bezeichnend muß die Haltung der Bush-Administration gelten, die mit bemerkenswerter Konsequenz bis zur Selbsterniedrigung viele

Bemühungen nicht mitrug und explizit verkündete, der amerikanische Way of Life stehe nicht zur Verhandlung. Offenkundig war die Verhandlungsstrategie der USA von kurzfristigen Interessen und der Rücksichtnahme auf den Präsidentschaftswahlkampf bestimmt.

Wenn die energie- und ressourcenintensive Wirtschafts- und Lebensweise des Nordens bereits das Maß der Belastbarkeit der Erde vollgemacht hat und die Verursacher so wenig Neigung zeigen zurückzustecken, wo bleibt dann Raum für die Industrialisierung. Konsum und kulturelle Entfaltung im Süden? Müssen Brasilianer, Tanzanianer oder Chinesen in Armut verharren, damit wir möglichst unbehelligt bleiben? Das wäre eine unmoralische und angesichts der anschwellenden Ströme von Armuts- und Umweltflüchtlingen eine politisch völlig unhaltbare Perspektive.

Doch welches sind die Folgerungen? Wirtschaftswachstum, die stetige Ausweitung der materiellen Erzeugung hat als globale Leitideologie nicht nur wenig von ihrer trügerischen Suggestionskraft verloren, sondern, wie es scheint, durch den Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme geradezu neue Faszination erhalten. *Nachhaltig* soll Wachstum gestaltet werden, also so, daß die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt werden, ohne daß die Möglichkeiten künftiger Generationen eingeschränkt werden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

In Ostdeutschland praktizieren wir zur Zeit das genaue Gegenteil, nämlich *nachholende* Entwicklung. Was innenpolitisch verständlich ist, erweist sich global als Katastrophe. Der Verkehrsminister geht davon aus, daß sich bis zum Jahr 2005 der Güterverkehr auf den deutschen Straßen verdoppeln und der PKW-Verkehr um 30 % zunehmen wird. Die Devise „Immer neuer, immer mehr, immer schneller“ gilt (noch) ungebrochen.

Doch es steht auch fest: Der lange Weg zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur muß gegangen werden. Und es müssen ihn in erster Linie die *Industrieländer* gehen. Ob sie wollen oder nicht, ihnen fällt die Vorbildfunktion zu. Und sie müssen vier von fünf nötigen Schritten gehen. Nachhaltige Entwicklung erfordert offenkundig mehr als die Verhinderung von Umweltverschmutzung und Maßnahmen mit punktuellen Zielen. Es bedarf eines neuen Denkens und neuen Handelns. Eine Ethik ist gefordert, die nicht nur auf der Chancengleichheit zwischen Völkern und Nationen beruht, sondern auch auf der Solidarität der heutigen Generationen mit den künftigen. 100 Milliarden DM jährlich für das Ausbauprogramm Ost und 1 Milliarde DM jährlich mehr für die Dritte Welt im Etat des BMZ verstößt in jeder Hinsicht gegen beide Prinzipien. Die Einsicht schmerzt, aber wir müssen uns ihr stellen.

Natürlich gibt es Ansätze, die Mut machen. Dazu zählt das Engagement ungezählter Menschen für Umwelt- und Entwicklungsarbeit. Es ist gelungen, Wachstum bei gleichzeitigem Absinken des Primärenergieverbrauchs zu erzielen. Immer mehr Rohstoffe werden aus Abfällen

wiedergewonnen. Die Wasserqualität vieler Flüsse hat sich verbessert. Die Diskussion über eine Neubewertung von Natur- und Ressourcenverbrauch gewinnt an Dynamik.

Hier liegt ein Kernproblem. In vielen Fällen werden nicht die vollen Kosten wirtschaftlicher Vorgänge berücksichtigt. Wenn beispielsweise bei der Herstellung eines Produkts Schadstoffe anfallen, die zu Allergien führen, Luft verschmutzen oder Pflanzen angreifen, so fallen diese Lasten bisher in der Regel der Allgemeinheit zu und schlagen sich nicht in den Produktionskosten nieder. Für den Hersteller handelt es sich um externe Kosten. Die Einbeziehung oder Internalisierung solcher externen Kosten in die Gesamtkosten eines Vorganges stellt wahrscheinlich eine der entscheidendsten Korrekturen des gegenwärtigen Marktverstehens dar.

Wir brauchen ökologisch ehrliche Preise

Viele Preise erfreuen sich einer gleichsam stillschweigenden Subvention, da Güter oder Leistungen in Anspruch genommen werden, für die nichts berechnet wird. Beispielsweise dient die Erdatmosphäre als kostenlose Depo- nie für schädliche Gase. Aluminium wäre teurer, würde der Preis die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten auch der Bauxitgewinnung in Brasilien widerspiegeln. Wir brauchen ökologisch ehrliche Preise. Damit wäre ein großer Schritt getan. Was abgebaut, produziert und konsumiert wird, ist vom Preis abhängig. Wird der Müll teurer, wird weniger anfallen. Erhöhen sich die Kosten von Schadstoffaustritten, wird die Phantasie ange- regert, über Reduktionen nachzudenken. Die Schwierig- keiten, ökologisch ehrliche Preise zu berechnen, dürfen niemanden davon abhalten, das Konzept voranzubringen. Die möglichen Instrumente sind zahlreich und schließen Vorschriften, Anreize, Selbstregulierungen, handelbare Umweltzertifikate und Steuern (z. B. CO₂- Abgabe) ein.

Erforderlich wäre auch eine Änderung des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die bisher Res- sourcenverbrauch, Naturschäden und Umwelterhaltung nicht berücksichtigt. Der auf ihr beruhende Indikator Bruttosozialprodukt taugt nicht zur Messung von nach- haltiger Entwicklung, da er wirtschaftliche Aktivitäten des Umweltschutzes ebenso als gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsleistung zählt wie die Beseitigung von Umweltschäden, die Herstellung eines Autos ebenso wie die Bewältigung eines Autounfalls.

Alternative Wachstumsmodelle sind gefragt, die allen Menschen eine befriedigende Lebensaussicht bieten. Es gibt sie noch nicht. Höchstens Umrisse werden erkenn- bar. Wir werden uns umstellen müssen. Die Frage ist, ob Hans Jonas mit seinem Diktum recht hat. „Die Einsichts- fähigkeit des Menschen nimmt zu. Die Fähigkeit, nach diesen Einsichten zu handeln, nimmt jedoch ab.“ Hoffen gegen alle Hoffnung?

Reinhard Hermle